

Wahlprogramm FDP 2021

Zusammenfassende Einschätzung

Zäsur im September? – und die FDP will dabei sein

Die FDP offenbart ihren Drang zu einer Regierungsbeteiligung und zeigt sich im Wahlprogramm deshalb offen - explizite Koalitionspräferenzen sind nicht erkennbar. Sie will im Herbst so stark sein, dass sie in zwei denkbaren Szenarien (Schwarz-Gelb und „Jamaika“) gebraucht wird. Insgesamt sind die programmatischen Inhalte zwar keine Überraschung, weisen jedoch einige neue Ideen auf. Stellenweise sind Übernahmen von Anregungen aus einem vorgeschalteten Beteiligungsprozess erkennbar. Insbesondere ist dabei die kritische Haltung gegenüber dem Verbau von 5G-Komponenten im Mobilfunknetz von Herstellern aus autokratischen Ländern positiv zu werten (Forderung nach Ausschluss).

Der Entwurf mit dem Titel „Nie gab es mehr zu tun“ stellt ein veritables Modernisierungsprogramm dar: Es soll mit den Fehlern der vergangenen Jahre aufgeräumt und Deutschland „neu gegründet“ werden („Wie es ist, darf es nicht bleiben“). Dabei sind wichtige Elemente u. a. die Modernisierung des Staates (explizit wird eine Föderalismusreform genannt), ein „Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft“, Digitalisierung, Klimaschutz, Bildung und Europa. Beispielsweise soll ein Prozent des Umsatzsteueraufkommens zusätzlich in Bildung investiert werden - wobei die Kompetenzfrage und die Finanzierung ausgeklammert werden.

Obwohl das Programm die Mängel der Politik der letzten Jahre beredt aufzeigt (nötig sei ein „Aufholwettbewerb“), bemühen sich die Autoren zugleich, Optimismus zu verbreiten („Werden wir das Land, das in uns steckt“). Durchgehend gut zu erkennen ist das Ansinnen, ein schon alternatives und dabei konstruktives Regierungsprogramm zu entwerfen. Rhetorisch sind Ähnlichkeiten zum Programm der Grünen zu sehen („Alles ist drin“). Durch die Balance aus Kritik und Impulsen ist der Programmentwurf punktuell sowohl an die CDU wie auch an die Grünen anschlussfähig. Spürbar ist auch der Versuch, sich deutlich von der AfD abzugrenzen.

Diverse „klassische“ liberale Themen sind prominent platziert, etwa die erwartungsgemäße Positionierung gegen Steuererhöhungen. Bei der Vorstellung des Programms am 13.04.21 sagte Christian Lindner, dass der Verzicht auf Steuererhöhungen eine zentrale Bedingung für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen wäre. Er gebe die „politische Garantie“, dass seine Partei „den Menschen keine zusätzlichen Belastungen“ aufbürden werde. Darüber hinaus werden auch neue Duftmarken (nur vielleicht mehr) gesetzt, wie z. B. „digitale Freiheitszonen“, in denen innovative Geschäftsmodelle mit weniger Bürokratie und Regulierung gefördert werden sollen oder der Vorschlag eines Umbau des RKIs zu einer unabhängigen Institution. Andererseits: welche Regulierungen sollen zugunsten von Digital-StartUps konkret entfallen?

Ordnungspolitisch sind freilich durchaus auch problematische Stellen zu finden, wie etwa die Schaffung eines Zukunftsfonds und einer „Deutschen Transfergesellschaft“ oder das Verteilen von Gründungszuschüssen. Das klingt dann auch bei der FDP nach staatlich finanziertem Fortschritt. Sind Subventionen schon deshalb modern, weil ihre Empfänger T-Shirts tragen?

Die Bereiche im Einzelnen:

Digitalisierungs- und Technologiepolitik

- Die Bedeutung des Mittelstandes für den Prozess der digitalen Transformation wird deutlich hervorgehoben und die Chancen des Strukturwandels betont (KI-Roadmap). Die liberale Datenpolitik stellt auf die Möglichkeiten der Digitalisierung ab, nicht auf ein Bedenkenträgertum.
- „Invest in Germany“: Im Jahr 2025 sollen in Deutschland 25 Prozent des BIP in Zukunftsfelder investiert werden.
- Die FDP stimmt auch in den Kanon derjenigen ein, die Forschung und Entwicklung steuerlich noch stärker fördern will; auch wird der Zukunftsfonds gelobt, der zudem ausgebaut werden soll.
- Forderung nach flexiblen Arbeitszeiten und mobilem Arbeiten („Rechtsanspruch auf Erörterung“ beim Homeoffice)
- Das Datenschutzrecht soll weiterentwickelt werden, sodass es zu einem sinnvolleren Ausgleich von Schutz personenbezogener Daten und unternehmerischer Datenverarbeitung kommt.
- Schaffung eines Digitalministeriums, um die Digitalisierung zu beschleunigen.
- Flächendeckende und leistungsfähige Mobilfunkabdeckung, besserer Netzzugang durch „Gigabit-Gutscheine“
- Netzsicherheit: „Deshalb sollen Unternehmen, die umfangreichen Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, beim Ausbau kritischer Infrastruktur, wie etwa beim 5G-Netz, nicht beteiligt werden.“- „Klarheit bei EU-China-Beziehungen“
- Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes in Europa
- Forderung nach einer wirksamen Regulierung von Gatekeeper-Unternehmen
- Schaffung von „digitalen Freiheitszonen“
- Entwicklergeist fördern („Innovation Nation“), „Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Eigentumsturbo“
- Cybersicherheit stärken
- Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen
- mehr Tempo bei der Verwaltungsdigitalisierung (u. a. Umsetzung von One-Stop-Shops)
- Schulfach Wirtschaft und Informatik: Es finden sich Forderungen nach der Verbesserung der ökonomischen Bildung als auch der besseren Vermittlung von Informatik an Schulen.

Finanzmarkt

- Lehren aus dem Wirecard-Skandal ziehen und deshalb die BaFin neu aufstellen; Bankenaufsicht reformieren
- Veräußerung staatlicher Beteiligungen im Bankensektor
- kritisch gegenüber einer europäischen Einlagensicherung
- Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Staaten in der Eurozone

Energie und Klima

- Das Klimakapitel ist mit minimalen Abstrichen nahezu 1:1 unsere Linie.
- Auch das Energiekapitel ist mit minimalen Abstrichen nahezu 1:1 unsere Linie.
- Recycling-Ansatz: Sehr gut, da technologie- und verfahrensoffen

- Kunststoff-Orientierung an Ökobilanz: guter und wichtiger Punkt (ökologisch wie ökonomisch)

Arbeit und Soziales

Die Vorschläge der FDP sind in weiten Teilen geprägt vom Vertrauen in die Eigenverantwortung, in Freiheit, „Transparenz“ und Wettbewerb. Es werden fast durchgehend Anreize statt Verbote und Quoten gesetzt. Das hebt das Wahlprogramm der FDP wohltuend von den anderen bisher vorliegenden Programmen der anderen Parteien ab.

Inhaltliche Beispiele hierfür:

- Reform des Arbeitszeitgesetzes (wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit)
- keine Überbürokratisierung von mobiler Arbeit und Home-Office (Arbeitsschutzgesetz statt Arbeitsstättenverordnung)
- Erörterungsanspruch statt Home-Office-Pflicht
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf z. B. durch steuerliche Förderung von Betriebs-Kitas oder „stayonboard“-Initiative
- Selbstverpflichtung statt Quotenregelung bei der Erhöhung von Frauen in Führungspositionen
- mehr Rechtssicherheit für Selbständige durch Reform des Statusfeststellungsverfahrens
- maximale Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge für Selbständige
- mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen
- Einführung eines Drei-Säulen-Modells bei der Pflege (Umlagefinanzierung, private und betriebliche Vorsorge)
- Einführung eines Punktesystems bei der Fachkräftezuwanderung, klare Trennung von Arbeitsmigration und Asyl
- Bündelung steuerfinanzierter Sozialleistungen zu einem „liberalen Bürgergeld“, Reform der Hinzuverdienstregelungen
- Stärkung des Kapitalgedeckten Teils bei der Altersvorsorge
- Reaktivierung des Nachholfaktors bei der Rente

Problematisch sind dagegen einige Vorschläge, insbesondere bei der Rente, zum Beispiel:

- flexibler Renteneintritt ab dem 60. Lebensjahr: Wer zu dem Zeitpunkt bereits Ansprüche über der Grundsicherung angesammelt hat, könnte rein theoretisch bereits in die Rente gehen.
- Sollten diese Fälle eine signifikante Größe erreichen, wäre das nicht unerheblich für die Finanzierung der gesetzlichen Rente, da Beitragseinnahmen fehlen würden.
- Gesetzliche Aktienrente innerhalb der ersten Säule bei der Rente einführen. Hier erschließt sich die Sinnhaftigkeit nicht, warum innerhalb der umlagefinanzierten Säule ein Teil auf Kapitaldeckung umgestellt werden soll.
- Dies ließe sich doch mindestens genauso gut in der zweiten oder dritten Säule erledigen.
- Die Basis-Rente wäre sicherlich besser als die Grundrente. Sie löst allerdings nicht das Problem, dass damit das „Äquivalenzprinzip“ ausgehebelt wird.

- Die „Schuldenbremse 2.0“ soll den Steuerzuschuss klar den versicherungsfremden Leistungen zuordnen. So weit, so gut. Allerdings wird keine Aussage über die Summe der Sozialversicherungsbeiträge getroffen. Hier lässt sich die FDP offensichtlich eine Hintertür offen, um die Beiträge doch noch an der einen oder anderen Stelle anheben zu können.

Insgesamt gehen die meisten Einzelvorschläge in die richtige Richtung. Als Frage bleibt, ob das ausreichen wird, um beispielsweise aus den Schulden heraus zu wachsen und Beschäftigung anzukurbeln. Auch wird kaum thematisiert, wie mit den enormen finanziellen Belastungen in den Sozialversicherungen umgegangen werden sollen, die sich gerade aus den sozialpolitischen Maßnahmen der jüngeren Vergangenheit ergeben und durch die Pandemie noch verschärft wurden.

Bildungspolitik

- hohe Bildungsstandards und Vergleichbarkeit: sehr positiv
- Autonomie der Schulen in diversen Bereichen: sehr gut
- Stärkung der Finanzierung über 3-Säulen Modell: Ebenfalls sehr gut, unser Ansatz der Bildungsgutscheine wird aufgegriffen.
- Talentschulen: eher okay
- Stärkung der frühkindlichen Bildung: Ansatz sehr zu begrüßen, Umsetzung in einigen Bereichen schwierig (z. B. durch Fachkräftemangel, aber der Versuch muss gemacht werden, bundesweite Schlüssel kann man machen)
- Sprachen lernen bereits vor dem Schuleintritt; MINT früh stärken; Einbindung außerschulischer Expertise: auch das ist zu begrüßen
- Lehreraus- und Fortbildung: Die Stärkung ist zu begrüßen, allerdings wohl schwierig umzusetzen.
- Digitalpakt 2.0: Der Ansatz ist okay, Umsetzung läuft wiederum eher auf Zentralisierung hinaus.
- 1 Prozent MwSt. in Bildung: Gut, aber der Bildungssektor hat eigentlich nicht zu wenig Geld, wenn man z. B. Studiengebühren abschaffen und dieses Geld umschichten würde. Besser wäre eine Reform der Finanzierung hin zu den unteren Jahrgängen + Kita.
- Schleifen des Bildungsföderalismus und stärkere Zentralisierung: Ablehnung, weil dann kein Wettbewerb unter den Ländern mehr stattfinden würde (+ Zentralisierung -> schlechte Erfahrungen in Deutschland)

Steuerpolitik

- Grundsätzlich liegt das Gros der steuerpolitischen Überlegungen und Vorschläge der FDP im Bereich der Steuerpolitik nahe an den Positionen der Familien- und Jungen Unternehmer. Begrüßenswert dabei insbesondere:
 - „negative Gewinnsteuer“ in Krisenzeiten statt komplizierter Hilfsprogramme
 - Unternehmenssteuerlast auf OECD-Durchschnitt von 25 Prozent senken – Forderung überzeugt mich allerdings nicht vollständig, da der OECD-Schnitt als Ankerpunkt zeitnah steigen wird durch massive Steuersatzerhöhungen in UK, USA und Co.

- Abschaffung der Gewerbesteuer bei Kompensation für die Kommunen durch Hebesatzrecht bei KSt und höheren Anteil der USt – dies entspricht unserer „Langfrist“-Forderung
- Verbesserte Abschreibungsmodalitäten
- Abgabenbelastung auf unter 40 Prozent senken
- Einführung „linearer Chancentarif“
 - Abschaffung Mittelstandsbauch bis 2024
 - Spitzensteuersatz „nach rechts“ verschieben – Start bei 90.000 Einkommen
 - „Tarif auf Rädern“: Freibeträge, Freigrenzen, Pauschbeträge an Inflation koppeln
 - Komplettabschaffung Soli
- Abschaffung von Bagatell- und Lenkungssteuern (Bier, Schaumwein etc)
- Vorausgefüllte Steuererklärung ausweiten, Bürokratie abbauen
- Digitalsteuer: OECD/G20 Lösung; Ablehnung von nationalen oder europäischen Lösungen
- Kritisch: Die FDP macht sich für eine steuerliche Forschungsförderung stark, was die Familienunternehmer ablehnen.

Haushaltspolitik

- Leider liegt hier eine – bedauernswerte – Schwäche im Programm. Genau genommen gibt es nicht mal ein eigenes Unterkapitel zum Thema „Haushalt“ oder auch nur zur Gegenfinanzierung von Steuerreform-Vorschlägen. Es findet sich nur der Satz, man wolle „eine seriöse Haushaltspolitik“ trotz vielen Entlastungsvorschläge nicht aufgeben.
- Es gilt das Motto: „Zurück zur Marktwirtschaft – mit Wachstum Corona-Folgen überwinden“ - dies entspricht zwar ehrlich gesagt der Position von DIE FAMILIENUNTERNEHMER, aber angesichts der vorgeschlagenen Radikal-Steuerreform ist völlig unklar, ob eine Gegenfinanzierung von Corona-Folgen und Steuerreform mit Wachstum allein erfolgen kann.
- Erkennbar sind lediglich kurzfristige haushaltspolitische Gegenfinanzierungsvorschläge wie Verkauf von Staatsanteilen.
- Achim Truger (Uni Duisburg) hat dazu eine umfangreiche Twitter Debatte eröffnet, auf die die FDP (in Person von C. Dürr) nur sehr schwach reagiert hat - hier besteht aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER wirklich eine Gefahr - zwar scheint das FDP-Programm sehr Familienunternehmer-nah zu sein, aber es ist bei allen steuerpolitischen Träumereien eine solide Haushaltspolitik immer wichtig. Solange die FDP hier nicht konkreter wird, muss das Lob im Bereich Steuern- und Haushaltspolitik zwar kraftvoll, aber mit Einschränkung in Sachen Gegenfinanzierbarkeit erfolgen.

Europapolitik

Die FDP ordnet die Chancen und Risiken einer Europäischen Union sehr realistisch ein und setzt mit guten Vorschlägen an wichtigen Punkten an.

Das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands in der EU wird dabei mitgedacht, weshalb die EU nicht nur Sehnsuchtsort ist, sondern regelgebunden künftig sehr viel besser performen soll. Der geforderte „föderale Bundestaat“ bleibt eine Chiffre.

Die konkreten Forderungen zu einer nur sehr punktuellen Kompetenzverlagerung (z. B. bei der Außen- und Sicherheitspolitik oder dem Klimaschutz) verraten einen erfreulich marktwirtschaftlichen Blick auf Europa. Die FDP hat die tiefgreifenden Mängel in der Konstruktion der Euro-Zone seit der Weltfinanzkrise 2009 nicht vergessen und fordert mit einem Insolvenzmechanismus für Staaten, der Entprivilegierung von Staatsschuldtiteln oder der Rückkehr zu einem verschärften Maastricht-Regime soweit richtige Maßnahmen. Leider schlägt sich die von den Liberalen zurecht immer wieder geäußerte Kritik an der EZB nicht in mutigen Vorschlägen dazu nieder, wie die Zentralbank auf Abwegen künftig in die Schranken gewiesen werden könnte. Letztgenanntes ist aber nur ein Wehmutstropfen angesichts im Übrigen durchdachter Forderungen für eine offene, strategisch gestärkte und vor allem marktwirtschaftlich ausgerichtete Europäische Union.

- Europäische Wettbewerbsordnung: Die FDP fordert eine neue Wettbewerbsordnung zugunsten von KMU und neuen (digitalen) Unternehmen. Ein Aufbrechen von Marktmacht und monopolistischen Strukturen wird angedeutet. Erfreulich klare Absage gegen eine politische Förderung von „nationalen Champions“.
- Freihandel: Deutschland soll den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreiben und protektionistischen Tendenzen in der EU und in der Welt entgegentreten. Die EU soll eine aktivere Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Ferner soll die WTO weiterentwickelt und wieder funktionsfähig gemacht werden. Außerdem klares Bekenntnis zu Gründung eines transatlantischen Wirtschaftsraums und einer neuen Initiative eines umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen.
- Transparenter Steuerwettbewerb in der EU: Gefordert wird eine einheitliche Bemessungsgrundlage in der EU für die Körperschaftsteuer. Dadurch erhofft man sich eine bessere Vergleichbarkeit. In dieser simplen Form (keine Ablehnung einer Mindestbesteuerung) ein etwas halbherziges Bekenntnis für einen europäischen Steuerwettbewerb.
- Gründung einer European Digital University (EDU): Frische Idee einer europäischen Fern-Uni Hagen in Kooperation mit staatlichen und privaten Hochschulen aller EU-Mitgliedstaaten.
- Ausweitung des Erfolgsprogramms Erasmus+: Gute Vorschläge zur inhaltlichen (Berechtigtenkreis, u. a. Lehrer) und geografischen (z.B. GB) Ausweitung des Erasmus+ Programms. Ebenso Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen soll verbessert werden.
- Digitaler Binnenmarkt für Europa: Leider nur angedeutet, wie das Ziel des digitalen Binnenmarktes umgesetzt werden soll: Regulierungsbedingte Barrieren sollen abgebaut werden und Geschäftsmodelle europaweit besser skalierbar machen. Mit Blick auf die Datennutzung wird eine europaweit einheitliche Regulierung gefordert, ohne dies näher zu spezifizieren.
- Die FDP fordert, dass die Kriminalitätsbekämpfung europäischen Charakter haben muss und z. B. Datenbanken auf europäischer Ebene vereinheitlicht und kompatibel gemacht werden müssen. Dies ein gutes Beispiel einer europäischen Aufgabendefinition, ohne gleichzeitig die Kompetenzabgabe an die EU für die gesamte Innenpolitik zu fordern.
- Marktwirtschaftlicher Klimaschutz und volles Vertrauen auf Europa: Emissionshandel soll auf alle Emissionen ausgeweitet und Nachteile für deutsche Unternehmen vermieden werden.

Die Freien Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) rasch auf alle Sektoren ausweiten und ihn so zum (einzigen) Leitinstrument des Klimaschutzes machen. Erfreulich starkes Vertrauen in eine marktwirtschaftliche Lösung über Anreize und Zutrauen in Innovationen und technischen Fortschritt. Die Warnung vor Betriebsverlagerungen durch Carbon Leakage ist gut, eine Lösung zur Verhinderung wird nicht ausformuliert

- Zukunftsfähige und starke Europäische Union: Reformbedarf hin zu einer starken und handlungsfähigen EU wird konzediert. Europa soll Chancenkontinent, Fortschrittsmotor, bürgernäher und handlungsfähiger sein. Vertragsänderungen sind erwünscht. Nach Abschluss der „Konferenz zur Zukunft Europas“ soll ein Verfassungskonvent eine gemeinsame Verfassung erarbeiten, über die eine gemeinsame europäische Volksabstimmung entscheidet.
- Die FDP will eine Europäische Union als Bundesstaat, der föderal und dezentral organisiert sein soll. Der Vorschlag will weg von nationaler Kleinstaaterei und gleichzeitig einem zentralisierten europäischen Superstaat vorbeugen. Diese Zukunftsvision ist in ihrer Abstraktheit anschlussfähig aber im Detail mitunter weit dehnbar. Sehr positiv, dass die FDP einen Plan B bis zur großen Reformklärung favorisiert: Die Europäische Integration soll durch ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vertieft werden. Dies kommt einem freiheitlicheren Modell von themenbezogenen Clubs von integrationswilligen Ländern (für jeweils ein Thema) nahe.
- Stärkung des EU-Parlaments ohne Aussage zur Stimmgewichtung
Das Europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Ferner soll das Parlament ein umfassendes Initiativrecht erhalten und nur noch an einem zu wählenden Ort tagen. Kommissionspräsidentin oder -präsident soll der Spitzenkandidat mit den meisten Stimmen werden. Die FDP geht nicht auf die Frage der Stimmgewichtung („one man one vote“), was nicht zur Partei des freiheitlichen Parlamentarismus passt. Man wünscht sich eine Reduzierung der EU Kommission auf 18 Kommissare und klare Ressortabgrenzungen.
- Die EU soll bei Handels- und Entwicklungspolitik mehr Gewicht erlangen und strategischer vorgehen. Ähnliches gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik in Europa, für die die FDP Einführung der qualifizierten Mehrheit fordert. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt zu einer zukünftigen europäischen Armee.
- Zum Vereinigten Königreich soll Nähe auf allen Ebenen gesucht werden, keine Brexit-Vergeltungsrhetorik wie bei anderen Parteien. Der Rechtsstaatsmechanismus soll bei Nichtbeachtung durch den Auszahlungstopp von EU-Geldern sanktioniert werden.
- Eine näherliegende Gangbarmachung eines temporären Stimmrechtsentzugs wird nicht erwähnt.
- Euro: Die FDP hat die tiefen Verwerfungen der Finanz- und Euro-Krise nicht vergessen und hält sie regulatorisch auch noch nicht für ausreichend beantwortet. Die FDP lässt sich richtigerweise nicht beirren und hält eine zentrale Forderung zur Entflechtung von Staaten und Banken aufrecht, die darüber hinaus den gefährlichen systemischen Anreiz zur Staatsverschuldung mildern würde. Die FDP will die Privilegierung von Staatsanleihen in der Regulierung von Banken und Versicherern abschaffen.
- Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Staaten in der Eurozone

- geordnete „Staatsinsolvenzen“, um private Gläubiger einzelner Staaten stärker in die Verantwortung zu nehmen. Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds (EWF) fließen, soll eine Beteiligung der privaten Gläubiger gewährleistet sein (z. B. über Laufzeitverlängerung der Staatsanleihen). Diese Krisenprävention soll überbordende und risikohafte Staatsverschuldung unattraktiv machen.
- Europäischer Währungsfonds als Wächter über Staatsfinanzen
Der ESM soll zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umgebaut werden, der Anpassungsprogramme formuliert und kontrolliert sowie Überwachung der Haushalts-
- Volle Rückkehr zum Stabilitäts- und Wachstumspakt
Ziel ist die Begrenzung von Haushaltsdefiziten und Schuldenständen der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Ländern (Maastricht-Kriterien). Während andere eine Aufweichung fordern, pocht die FDP auf eine Schärfung der Sanktionen, wenn dauerhaft gegen die Prinzipien verstoßen wird.
- Rückkehr zur schuldenfreien EU - ohne eigene Steuern
Man bekennt sich zur schuldenfreien EU und fordert, dass die EU langfristig keine eigene Steuerkompetenz haben soll. Die Schuldenfinanzierung des EU-Haushalts und die damit verbundenen gemeinschaftlichen Finanzierungsmöglichkeiten der EU sollen einmalig bleiben.

Weitere Punkte

- Beteiligungsbremse für den Staat und die Anteile an Post und Telekom verkaufen
- weitreichende Föderalismus- und Verwaltungsreform
- Abschaffung der E-Auto-Förderung (Kaufprämien)
- Bahnverkehr privatisieren und mehr Wettbewerb auf der Schiene generieren
- Mobilität: gute Ansätze (Technologieoffenheit, Innovation, keine Verbote, Emissionshandel)
- Ausbau Infrastruktur E-Mobilität usw. staatlich schubsen: Naja, erträglich.
- Bioökonomie stärken: interessant und wichtig
- Vereinbarkeit Familie und Beruf: nahe bei unserer Linie, denke ich
- der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Auftrags- und Strukturreform
- Transparenzregister: Die FDP will sich für „schlankere“ Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen einsetzen; für jede neue Belastung (z. B. Ausweitung Transparenzregister zum Vollregister) sollen im doppelten Umfang bürokratische Belastungen abgebaut werden - sehr zu begrüßen!
- Verantwortungseigentum: Kein Hinweis auf Steuernagels Rechtsform.
- Wohnungsbaupolitik: Grundsätzlich zu befürworten: mehr Bauen als zentrales Instrument, Senkung der Baukosten durch weniger Bürokratie und ein „Baukosten-TÜV“, bessere Abschreibungsmöglichkeiten, digitaler Bauantrag, Nachverdichtung erleichtern und Bauland aktivieren, Begrenzung der Berechtigung beim sozialen Wohnungsbau